

Jahresbericht

- 1. DIE ÜBERWACHUNG DURCH DEN IWF IN DER PRAXIS**
- 2. STÄRKUNG DER ÜBERWACHUNG UND DER KRISENPRÄVENTION**
- 3. EIN BESSERES REGELWERK FÜR DIE ÜBERWINDUNG VON KRISEN**
- 4. VERBESSERUNG DER KREDITPOLITIK UND -PRAKTIKEN**
- 5. ARMUTSBEKÄMPFUNG IN EINKOMMENSSCHWACHEN LÄNDERN**
- 6. TECHNISCHE HILFE UND AUSBILDUNG**
- 7. TRANSPARENZ, RECHENSCHAFTSPFLICHT UND ZUSAMMENARBEIT**
- 8. FINANZIELLE AKTIVITÄTEN UND POLITIKMASSNAHMEN IM GESCHÄFTSJAHR 2003**
- 9. ORGANISATION, HAUSHALT UND HUMANRESSOURCEN**

ANHANG

Stärkung des weltwirtschaftlichen Wachstums

Unsicherheiten im weltwirtschaftlichen Umfeld und die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen viele Mitgliedsländer konfrontiert waren, stellten den IWF im Geschäftsjahr 2002/03 vor zahlreiche Herausforderungen.

Trotz einiger Anzeichen Anfang 2002, dass sich das weltwirtschaftliche Wachstum von der Abschwächung des Jahres 2001 erholen würde, stockte der Aufschwung im weiteren Verlauf. Nachfrage und Produktion wurden sowohl durch die geopolitischen Unsicherheiten im Vorfeld des Irakkrieges, die sich auf die Ölpreise und auf das Vertrauen der Verbraucher und Unternehmen auswirkten, als auch durch die anhaltenden Auswirkungen des Zusammenbruchs der Aktienmärkte in den Jahren 2000 bis 2002 in Mitleidenschaft gezogen. Die von einer Reihe von Ländern ergriffenen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen unterstützten zwar die Nachfrage, das weltweite Produktionswachstum blieb jedoch im Kalenderjahr 2002 erneut deutlich unter dem Trend, selbst wenn es etwas höher war als im Jahr 2001. Das Wachstum des Welt- handels erholt sich 2002 leicht von seinem Tiefpunkt im Jahr 2001.

In diesem Umfeld setzte der IWF seine Arbeit mit seinen Mitgliedsländern fort, um ein stärkeres tragfähiges Wachstum zu fördern. Hierzu dienten seine wirtschaftspolitischen Beratungs- und Überwachungsaktivitäten, seine finanzielle Unterstützung für Maßnahmen der Mitgliedsländer zur Beseitigung von Zahlungsbilanzproblemen, seine finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Länder zur Förderung von Wachstum und Armutsbekämpfung, seine technische Hilfe sowie seine andauernden Arbeiten an der Reform des internationalen Währungssystems und seiner eigenen Geschäftstätigkeit.

Überwachung und Krisenprävention

Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem um sicherzustellen, dass es effizient funktioniert, und er überwacht die Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsländer. Der IWF kommt dieser Verpflichtung nach, indem er Konsultationsgespräche mit seinen Mitgliedsländern über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik führt und regelmäßig die Wirtschafts- und Finanzentwicklungen auf globaler, regionaler und Länderebene überprüft.

Im GJ 2003 führte der IWF bilaterale (länderbezogene) Gespräche mit 136 Mitgliedern. Er setzte die Entwicklung eines Systems zur Bewertung der Anfälligkeit von Ländern im Hinblick auf Zahlungsbilanzkrisen fort. Das Direktorium schlug außerdem Verbesserungen für die Beurteilung vor, die der IWF im Rahmen der Initiative zu Standards und Kodizes und des gemeinsamen IWF-Weltbank-Programms zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP) durchführt, es unterstützte Vorschläge für eine verbesserte Bereitstellung von Daten für die Überwachung, beschloss einen neuen Rahmen für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit und bilanzierte weitere Maßnahmen zur Stärkung der Überwachung in Programmländern. Der IWF intensivierte außerdem seinen Beitrag zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

Krisenbewältigung

Die *Krisenprävention* war schon immer der Schwerpunkt der Reformagenda des IWF. Da es aber unwahrscheinlich ist, dass Krisen in jedem Fall verhindert werden können, unternimmt der IWF auch Anstrengungen, einen robusteren Rahmen für die *Krisenbewältigung* zu entwickeln. Der IWF versucht insbesondere, eine klarere Politik für den Zugang zu seinen

Die Demokratische Republik Timor-Leste (das frühere Osttimor) wurde im Juli 2002 das 184. Mitglied des IWF. Seine Exzellenz Mari Alkatiri, Premierminister von Timor-Leste (links), wird bei der Unterzeichnungsfeier vom Geschäftsführenden Direktor des IWF Horst Köhler begrüßt.



Finanzmitteln und eine größere Selektivität bei seiner Kreditvergabe mit einer Stärkung der Verfahren für die Umstrukturierung von Staatsschulden zu verbinden.

Der IWF hat in den letzten Jahren große Finanzbeträge bereitgestellt, die oftmals weit über die normalen Ziehungsgrenzen hinausgingen. Im GJ 2003 erörterte das Direktorium diese Politik und legte klarer definierte Kriterien für einen solchen außergewöhnlichen Zugang bei Kapitalbilanzkrisen fest.

Das Direktorium überprüfte außerdem die jüngsten bei der Umstrukturierung von öffentlichen Anleihen und der Vergabe von IWF-Krediten an Länder mit Zahlungsrückständen gegenüber privaten Gläubigern gemachten Erfahrungen, es erörterte die Gestaltung und Wirksamkeit von Mehrheitsklauseln in Anleihebedingungen, die darauf abzielen, die Umstrukturierung von Schulden zu erleichtern, und es beriet über einen Vorschlag für ein Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden, mit dem nicht tragfähige Verschuldungssituationen von Staaten bewältigt werden sollen.

Grundsätze und Praxis der Kreditvergabe

Der IWF stellt seinen Mitgliedsländern im Rahmen einer Reihe unterschiedlicher Politikmaßnahmen und Kreditvergabeinstrumente finanzielle Unterstützung zur Verfügung. Die meisten Formen der Kreditvergabe des IWF sind an die Bedingung geknüpft, dass das Empfängerland wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreift, um die grundlegenden Probleme zu lösen, die den Unterstützungsbedarf hervorgerufen haben.

Im GJ 2003 schloss der IWF eine zweijährige Überprüfung der Auflagen ab, die an IWF-unterstützte Programme geknüpft werden, und verabschiedete neue Richtlinien für die Gestaltung und Umsetzung dieser Konditionalität mit dem Ziel, die Reformbereitschaft der Länder und die Wirksamkeit der Programme zu erhöhen.

Das Direktorium erörterte ferner einen Fortschrittsbericht über die Stärkung der Zusammenarbeit mit der Weltbank in diesem Bereich und schloss eine Diskussion zur überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln ab, die auf einem Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros des IWF basierte (siehe unten).

Bekämpfung der Armut in einkommensschwachen Ländern

Das Hauptziel der Arbeit des IWF mit einkommensschwachen Ländern ist die Förderung einer tief gehenden und dauerhaften Verringerung der Armut. Er folgt bei dieser Arbeit der „Zweisäulen“-Strategie, die die internationale Gemeinschaft im Monterrey-Konsens gebilligt hat und die sich auf den Grundsatz stützt, dass einerseits die einkommensschwachen Länder selbst Verantwortung für die Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik, einschließlich einer integren Regierungsführung, übernehmen und dass andererseits die internationale Gemeinschaft diese Anstrengungen stärker unterstützt.

Der Fonds ergänzt seine wirtschaftspolitische Beratung durch finanzielle Hilfen für seine ärmsten Mitglieder in Form von niedrig verzinslichen Darlehen im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) und von Schuldenerleichterungen im Rahmen der erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Das Direktorium überprüfte im GJ 2002 die Verfahren der PRGF-Kreditvergabe und der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSP). Im GJ 2003 zog der IWF die Konsequenzen aus dieser Überprüfung, indem er in den Länderprogrammen den Schwerpunkt verstärkt darauf legte, ein für Investitionen und Wachstum günstiges Umfeld zu schaffen, Analysen der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen bei der Formulierung der Armutsbekämpfungsstrategien und der PRGF-unterstützten Programme systematischer zu berücksichtigen und das Management der öffentlichen Ausgaben zu verbessern.

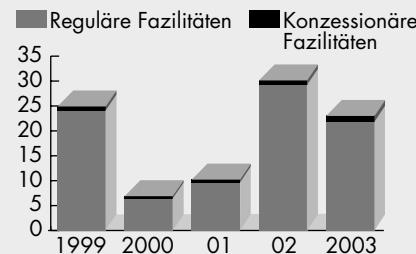
Der IWF sprach sich außerdem für einen größeren Marktzugang für die Exporte von Entwicklungsländern aus, einschließlich eines Abbaus von handelsverzerrenden Subventionen in Industrieländern. Im Rahmen dieser Arbeit unternahm er gemein-



Die ghanaischen Behörden bringen Schilder auf Baustellen an, um auf die sichtbaren Vorteile ihrer Teilnahme an der IWF-Weltbank-Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) hinzuweisen. Ghana hat im Februar 2003 ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP) veröffentlicht.

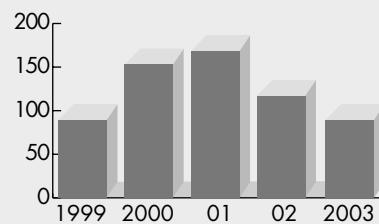
Reguläre und konzessionäre Kreditvergabe

(Milliarden SZR, pro Geschäftsjahr)



Liquiditätsquote des IWF*

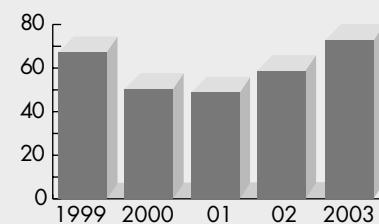
(Prozent, am Ende des Geschäftsjahres)



* Relation zwischen netto ungebundenen verwendbaren Mitteln und liquiden Verbindlichkeiten.

Insgesamt ausstehende IWF-Kredite

(Milliarden SZR, am Ende des Geschäftsjahres)





Ein IWF-Team trifft sich in Afghanistan mit einem leitenden Steuerbeamten und seinen Mitarbeitern. Der IWF hat im Geschäftsjahr 2003 technische Hilfe im Gegenwert von 356 Personenjahren geleistet.



Der IWF hat im Geschäftsjahr 2003 zusammen mit anderen Gebern und teilnehmenden Ländern zwei Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika (AFRITACs) eingerichtet. Das erste, mit Sitz in Daressalam, wurde im Oktober 2002 eingeweiht.

sam mit der Welthandelsorganisation Anstrengungen, die Kohärenz der Arbeit der beiden Organisationen zu verbessern, und erklärte sich bereit, einen Beitrag zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Handelsagenda für afrikanische Agrarerzeugnisse zu leisten. Der IWF unterstützte außerdem die Forderungen nach einer Aufstockung der internationalen Entwicklungshilfe und der Einführung eines Systems zur Überwachung der Maßnahmen, die einen Beitrag zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen leisten sollen.

Technische Hilfe und Ausbildung

Die technische Hilfe und Ausbildung des IWF sind darauf ausgerichtet, den Ländern beim Aufbau der institutionellen Kapazitäten zu helfen und sie bei der Gestaltung von speziellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu unterstützen.

Der IWF stellte im GJ 2003 den Gegenwert von 356 Personenjahren an technischer Hilfe bereit. Angesichts einer neuen Bedarfslage erhöhte sich die technische Hilfe im GJ 2003 für Länder nach Beendigung von Konflikten, regionale Initiativen, Krisenprävention sowie Krisenbewältigung und -management. Afrika südlich der Sahara erhielt weiterhin den größten Anteil. Der IWF errichtete zwei Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika (AFRITACs), in Tansania (Oktober 2002) und in Mali (Mai 2003).

Der IWF nahm im GJ 2003 eine Überprüfung seiner technischen Hilfe vor. Das Direktorium beschloss die Einführung einer institutionsweiten Überwachungs- und Evaluierungsmethode und eines umfassenden Rechnungswesens zur Erfassung der Gesamtkosten der technischen Hilfe.

Externe Finanzierungsbeiträge stellen eine wichtige Quelle für die Unterstützung der technischen Hilfe dar. Im GJ 2003 beliefen sich diese externen Finanzierungsbeiträge auf etwa 30 Prozent der gesamten technischen Hilfe des IWF, wobei Japan der größte Geber war.

Transparenz

Viele der vom IWF in den vergangenen Jahren eingeführten Reformen basieren auf der Erkenntnis, dass die Wirksamkeit des IWF erhöht wird durch *Transparenz* bei der Entwicklung und Bereitstellung wirtschaftspolitischer Beratung, *Rechenschaftspflicht* für den erteilten Rat, *Lernbereitschaft* im Hinblick auf Lehren aus früheren Erfahrungen, *Offenheit* für die Ansichten Außenstehender und *Kooperation* mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft.

Die Direktoren begrüßten im September 2002 die zunehmende Freigabe von Länderdokumenten und anderen Materialien, betonten aber gleichzeitig, dass die Transparenz des IWF die Offenheit seines Dialogs mit den Mitgliedern und der Stabsberichte nicht beeinträchtigen dürfe.

Im März 2003 erörterte das Direktorium die externe Kommunikationsstrategie des IWF. Dabei wurde anerkannt, dass das zentrale Ziel darin besteht, in der Öffentlichkeit die Kenntnisse über die Arbeit des IWF und die Unterstützung für seine Geschäftspolitik zu erhöhen und offener für externe Analysen und Kritik an seiner Arbeit zu sein. Die Direktoren stimmten darin überein, dass durch eine bessere Fokussierung der Kommunikationsarbeit mehr erreicht werden könnte, unter anderem durch engere Kontakte zu Gesetzgebern und Organisationen der Zivilgesellschaft in den Mitgliedsländern.

Das Unabhängige Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) wurde im Juli 2001 eingerichtet, um eine objektive und unabhängige Beurteilung von Bereichen vorzunehmen, die mit dem Mandat des IWF zusammenhängen. Im GJ 2003 führte das IEO

drei Evaluierungsprojekte durch. Sie bezogen sich auf die überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln, die Rolle des IWF bei drei in den letzten Jahren aufgetretenen Kapitalbilanzkrisen (Brasilien, Indonesien, Korea) und die Anpassung der Haushaltspolitik im Rahmen von IWF-unterstützten Programmen.

Finanzoperationen und finanzpolitische Maßnahmen

Eine Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Brasilien in Höhe von 22,8 Mrd. SZR (31,5 Mrd. \$) – die größte Kreditvereinbarung in der Geschichte des IWF – dominierte im GJ 2003 die Neuzusagen des IWF von Krediten an seine Mitgliedsländer. Diese Vereinbarung, andere großvolumige Kreditvereinbarungen mit Kolumbien und Argentinien und die Aufstockung einer bestehenden Kreditvereinbarung mit Uruguay führten dazu, dass die Kreditzusagen im GJ 2003 auf einem relativ hohen Niveau blieben. Die Neuzusagen beliefen sich auf insgesamt 29,4 Mrd. SZR (40,7 Mrd. \$) und lagen damit um 10 Mrd. SZR unter den Zusagen im GJ 2002.

Der IWF leistete während des Geschäftsjahres Auszahlungen für Kredite von seinem Allgemeinen Konto in Höhe von 21,8 Mrd. SZR. Diese Summe überstieg die Kreditrückzahlungen in Höhe von 7,8 Mrd. SZR. Infolgedessen erreichten die ausstehenden Kreditforderungen des IWF Ende April eine Rekordhöhe von 66 Mrd. SZR (91,3 Mrd. \$) und lagen damit um 13,9 Mrd. SZR über dem Stand des Vorjahrs.

Die Liquiditätslage des IWF blieb aber dennoch angemessen, um den Bedarf seiner Mitglieder zu decken. Die Kreditzusagekapazität für das folgende Jahr (FCC) betrug am Ende des GJ 2003 61 Mrd. SZR. Die FCC, eine neue Messgröße für die Liquidität, die im GJ 2003 eingeführt wurde, gibt den Betrag von quotengestützten Mitteln an, der in den nächsten 12 Monaten für Kreditvergaben zur Verfügung steht.

Der IWF stellt seine konzessionären Finanzhilfen im Rahmen der PRGF und der HIPC-Initiative zur Verfügung. Während des Geschäftsjahres wurden zehn neue PRGF-Vereinbarungen mit einem Zusagevolumen von 1,2 Mrd. SZR genehmigt und ein bestehender Kredit wurde aufgestockt. Die Auszahlungen unter PRGF-Vereinbarungen beliefen sich im GJ 2003 auf insgesamt 1,2 Mrd. SZR. Ende April wurden die Anpassungs- und Reformanstrengungen von 36 Ländern durch PRGF-Vereinbarungen mit einem Zusagevolumen von insgesamt 4,5 Mrd. SZR und einem noch nicht in Anspruch genommenen Betrag von insgesamt 2,5 Mrd. SZR unterstützt. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2003 hatten acht Länder im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative ihren Abschlusszeitpunkt erreicht, weitere 18 Länder hatten ihren Entscheidungszeitpunkt erreicht und erhielten eine vorgezogene Teilentlastung.

Der IWF stellt auch Nothilfen in Form von Darlehen an Länder bereit, die sich von einem Konflikt erholen. Bis zum Ende des GJ 2003 hatten sieben Geberländer Subventionen in Höhe von 11,5 Mio. SZR für solche Darlehen zugesagt und die Auszahlungen an sieben betroffene Länder beliefen sich auf insgesamt 1,4 Mio. SZR.

Mitgliedschaft

Die Demokratische Republik Timor-Leste (das frühere Osttimor) wurde am 23. Juli 2002 das 184. Mitglied des IWF. Die anfängliche Quote von Timor-Leste im IWF wurde auf 8,2 Mio. SZR (etwa 11 Mio. \$) festgelegt.

Organisation, Haushalt und Humanressourcen

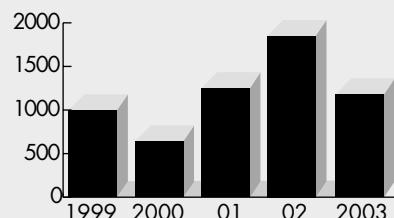
Im GJ 2003 gab es eine Reihe von institutionellen Änderungen. Die Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik wurde ersetzt durch die Abteilung Währungs- und Finanzsysteme, was die erweiterten Zuständigkeiten dieser Abteilung widerspiegelt. Es wurde ferner mitgeteilt, dass der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Eduardo Aninat sein Amt im Juni 2003 niederlegen wird und dass der Volkswirtschaftliche Berater und Direktor der Abteilung Forschung Kenneth Rogoff im Herbst 2003 zu seinem Lehrstuhl an der Harvard-Universität zurückkehren wird. Ihre Nachfolger sind Agustín Carstens, Stellvertretender Finanzminister Mexikos, und Raghuram Rajan von der Graduate School of Business an der Universität von Chicago.



Mitarbeiter des Unabhängigen Evaluierungsbüros stellen der Presse im September 2002 ihren ersten Bericht vor, und zwar über die überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln.

Neue Zusagen im Rahmen der PRGF*

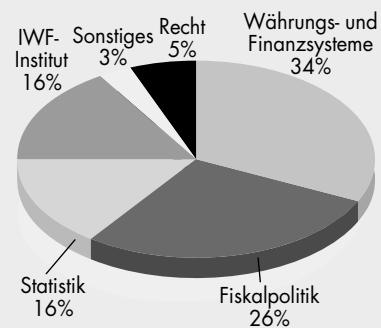
(Millionen SZR, pro Geschäftsjahr)



*Erhöhungen abzüglich gebilligter Reduzierung.

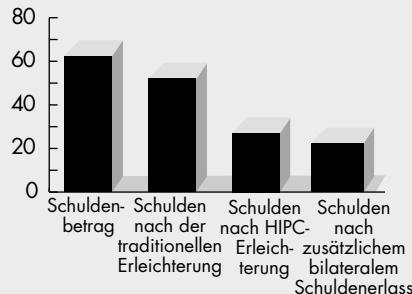
Technische Hilfe

(Nach Funktion, Prozent der Gesamtressourcen, in effektiven Personenjahren, GJ 2003)



Schuldenstand der HIPC-Länder**

(Nettogegenwartswert der Schulden in Milliarden US-\$ – am Entscheidungspunkt)



**Länder, die ihren Entscheidungspunkt bis zum 30. April 2003 erreicht haben.



Geschäftsführender Direktor Horst Köhler

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich 2002 nach dem Konjunkturabschwung von 2001 leicht erholt. Auf das relativ starke Wachstum im ersten Quartal 2002 folgte jedoch eine graduelle Abschwächung, die bis zum Ende des IWF-Geschäftsjahres 2002/03 anhielt. In diesem von einer verhaltenen Belebung der Weltkonjunktur gekennzeichneten Umfeld ist es vor allem Aufgabe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, ihre Politik auf die Wiederherstellung von Vertrauen und nachhaltigem Wachstum auszurichten. Es ist ermutigend, dass sich die führenden Industrieländer auf dem G8-Gipfel in Evian im Juni 2003 zu diesem Ziel bekannt haben, nachdem in einigen Fällen bereits Maßnahmen ergriffen worden waren, um der Konjunktur Impulse zu verleihen.

Der IWF hat im Geschäftsjahr 2003 den Schwerpunkt weiterhin darauf gelegt, Politikmaßnahmen zu fördern, die eine Konjunkturbelebung unterstützen und die Wachstumsaussichten für alle verbessern. Die Stärkung des Regelwerks für Überwachung und Krisenprävention blieb eine zentrale Aufgabe des Fonds. Bei der Überwachung auf Länder-, globaler und regionaler Ebene haben wir den externen Auswirkungen der nationalen Politiken mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Wir haben die Anfälligkeitanalyse geschärft, indem wir der Beurteilung der Schuldentragfähigkeit und der Krisenrisiken mehr Bedeutung beimesse und uns stärker konzentrieren auf die Überwachung des Finanzsektors (unter anderem durch das gemeinsam mit der Weltbank durchgeführte Programm zur Bewertung des Finanzsektors – FSAP) und auf den Aufbau von Institutionen (durch unsere Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes – ROSCs).

Wenn es trotz dieser intensivierten Präventionsanstrengungen zu Krisen kommt, brauchen wir effektive Mechanismen, um sie zu lösen und ihre Kosten zu begrenzen. Der Vorschlag der Geschäftsleitung des IWF, ein Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden einzuführen, hat eine Debatte über den Umgang mit untragbaren Schulden ausgelöst und wir konzentrieren uns jetzt auf die Frage, wie solche Situationen innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens geordneter gelöst werden können. Der in letzter Zeit zu verzeichnende verstärkte Einsatz von Mehrheitsklauseln bei der Emission von Staatsanleihen ist ermutigend und wir unterstützen die Anstrengungen von Schuldner und Gläubigern, einen freiwilligen Verhaltenskodex für die Umstrukturierung von Schulden zu entwickeln.

Wir haben die Kriterien für den Zugang zu IWF-Mitteln klarer definiert, damit die Kreditscheidungen des IWF in Krisenfällen für Mitglieder und Märkte vorhersehbarer werden. Wir haben außerdem unsere Richtlinien für die mit IWF-Krediten verbundenen Politikaufgaben überprüft, um

Stand vom 30. April 2003

die Reformbereitschaft der Länder und die Effektivität der durch den IWF unterstützten Wirtschaftsprogramme zu erhöhen.

Der IWF ist entschlossen, den ihm zukommenden Beitrag zur Bekämpfung der Armut in den einkommensschwachen Ländern zu leisten. Die Umsetzung guter Politikmaßnahmen einerseits und stärkere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft andererseits – der so genannte Zweisäulen-Ansatz – sichert diesen Ländern größere makroökonomische Stabilität. Die Reformbemühungen müssen jetzt den Schwerpunkt darauf legen, das Wachstumspotenzial zu erhöhen, so dass die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden können. Der IWF unterstützt diese Ziele durch zinsgünstige Kredite im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) und durch die gemeinsam mit der Weltbank durchgeführte Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Wir richten außerdem die durch die PRGF-Kredite unterstützten IWF-Programme stärker auf die von den Ländern erstellten Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSPs) aus, die inzwischen allgemein als operationeller Rahmen für diese Anstrengungen anerkannt werden.

Technische Hilfe und Ausbildung stärken die lokalen Kapazitäten, Politikmaßnahmen zu gestalten und umzusetzen. Der IWF hat im vergangenen Jahr zwei Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika eröffnet, in Tansania und in Mali, und er hat technische Hilfe an Länder geleistet, die ihre Institutionen nach einem längeren Konflikt wieder aufbauen. Dazu gehören Afghanistan, der Irak und Timor-Leste.

Ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde ist entscheidend für die Stärkung von Vertrauen und Wachstum auf der ganzen Welt. Die Länder würden weltweit einen Beitrag zur Selbsthilfe leisten, wenn sie die Handelsbarrieren senken. Und die Industrieländer würden dadurch außerdem den Entwicklungsländern helfen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Eine Reduzierung handelsverzerrender Subventionen, insbesondere im Agrarsektor der Industrieländer, würde die Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer beträchtlich verbessern. Der IWF wird sich auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern und anderen multilateralen Gremien für ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels einsetzen.

Die Reformen im IWF selbst wurden im vergangenen Geschäftsjahr gefestigt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Fähigkeit zuzuhören und zu lernen. Die ersten Berichte unseres neuen Unabhängigen Evaluierungsbüros haben einen wertvollen Beitrag geleistet, die Qualität der durch den IWF bereitgestellten Politikberatung und Unterstützung zu verbessern. Die Transparenz der Geschäftstätigkeit und der Finanzen des IWF wurde ebenfalls weiter erhöht.

J. Köhlw



Erste Stellvertretende
Geschäftsführende Direktorin
Anne Krueger



Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor
Shigemitsu Sugisaki



Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor
Eduardo Aninat



Vereinigte Staaten

Nancy P. Jacklin
Meg Lundsager



Japan

Ken Yagi
Haruyuki Toyama



Deutschland

Karlheinz Bischofberger
Ruediger von Kleist



Jeroen Kremers
Yuriy G. Yakusha



Hernán Oyarzábal
Mario Beauregard



Pier Carlo Padoan
Harilaos Vittas



Sulaiman M. Al-Turki
Abdallah S. Alazzaz

Saudi-Arabien



Sri Mulyani Indrawati
Ismail Alowi



Ismaila Usman
Peter J. Ngumbullu

Angola, Äthiopien,
Botsuana, Burundi,
Eritrea, Gambia,
Kenia, Lesotho,
Malawi, Mosambik,
Namibia, Nigeria,
Sambia, Sierra Leone,
Simbabwe, Sudan,
Südafrika, Swaziland,
Tansania, Uganda



Aleksei V. Mozhin
Andrei Lushin

Russische
Föderation



Murilo Portugal
Roberto Steiner

Brasilien, Dominika-
nische Republik,
Ecuador, Guyana,
Haiti, Kolumbien,
Panama, Suriname,
Trinidad und Tobago



Abbas Mirakhor
Mohammed Daïri

Afghanistan,
Algerien, Ghana,
Islamische Republik
Iran, Marokko,
Pakistan, Tunesien



Frankreich

Pierre Duquesne
Sébastien Boitraud



Vereinigtes
Königreich

Tom Scholar
Martin A. Brooke



Belarus, Belgien, Kasachstan, Luxemburg, Österreich, Slowakisches Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn

Willy Kiekens
Johann Prader



Antigua und
Barbuda, Bahamas,
Barbados, Belize,
Dominica, Grenada,
Irland, Jamaika,
Kanada, St. Kitts und
Nevis, St. Lucia,
St. Vincent und die
Grenadinen

Ian E. Bennett
Nioclás A. O'Murchú



Dänemark, Estland,
Finnland, Island,
Lettland, Litauen,
Norwegen, Schweden

Vilhjálmur Egilsson
Benny Andersen



Australien, Kiribati,
Korea, Marshallinseln,
Föderierte Staaten von
Mikronesien, Mongolei,
Neuseeland, Palau,
Papua-Neuguinea,
Philippinen, Samoa,
Seychellen, Salomonen,
Vanuatu

Michael J. Callaghan
Michael H. Reddell



Ägypten, Bahrain,
Irak, Jemen,
Jordanien, Katar,
Kuwait, Libanon,
Libyen, Malediven,
Oman, Arabische
Republik Syrien,
Vereinigte Arabische
Emirate,

A. Shakour Shaalan
Oussama T. Kanaan



China



Aserbaidschan,
Kirgisische Republik,
Polen, Serbien und
Montenegro, Schweiz,
Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan

Fritz Zurbrügg
Wieslaw Szczuka



Bangladesch,
Bhutan, Indien,
Sri Lanka

Yaga V. Reddy
R.A. Jayatissa



Argentinien, Bolivien,
Chile, Paraguay,
Peru, Uruguay



Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Komoren, Demokr. Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

Guillermo Le Fort
A. Guillermo Zoccali

Damian Ondo Mañe
Laurean W. Rutayisire

Gerd Häusler

Berater

Kenneth S. Rogoff

Volkswirtschaftlicher Berater

Länderabteilungen

Abdoulaye Bio-Tchané

Direktor, Abteilung Afrika

David Burton

Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Michael C. Deppler

Direktor, Abteilung Europa I

John Odling-Smee

Direktor, Abteilung Europa II

George T. Abed

Direktor, Abteilung Naher Osten

Anoop Singh

Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

Fachabteilungen und besondere Dienste

Eduard Brau

Direktor, Abteilung Finanzen*

Teresa M. Ter-Minassian

Direktor, Abteilung Fiskalpolitik

Mohsin S. Khan

Direktor, IWF-Institut

Gerd Häusler

Direktor, Abteilung Internationale Kapitalmärkte

François P. Gianviti

Direktor, Abteilung Recht

Stefan Ingves

Direktor, Abteilung Währungs- und Finanzsysteme*

Timothy F. Geithner

Direktor, Abteilung Entwicklung und Überprüfung der Wirtschaftspolitik

Kenneth S. Rogoff

Direktor, Abteilung Forschung

Carol S. Carson

Direktor, Abteilung Statistik

Information und Liaison

Thomas C. Dawson II

Direktor, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Hiroyuki Hino

Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Flemming Larsen

Direktor, Europa-Büros

Reinhard Munzberg

Direktor und Sonderbeauftragter für Handelsangelegenheiten bei den Vereinten Nationen, UN-Büro

Unterstützende Dienstleistungen

Margaret R. Kelly

Direktor, Abteilung Humanressourcen

Shailendra J. Anjaria

Sekretär, Abteilung Sekretariat

Brian C. Stuart

Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Büros

Barry Potter

Direktor, Büro Haushalt und Planung

Alain Coune

Direktor, Büro Interne Revision und Inspektion

Claire Liuksila

Direktor, Büro für das Management der technischen Hilfe

Montek Singh Ahluwalia

Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

Jeanette Morrison

Leiter, Referat Redaktion und Verlag

*Mit Wirkung vom 1. Mai 2003 wurde das „Treasurer’s Department“ in „Finance Department“ umbenannt (die deutsche Bezeichnung bleibt gleich) und die Abteilung Geld- und Wechselkurspolitik wurde zur Abteilung Währungs- und Finanzsysteme.

Dieser *Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF* informiert über die Tätigkeiten des Direktoriums während des Geschäftsjahres vom 1. Mai 2002 bis zum 30. April 2003. Der größte Teil des Berichts besteht aus Zusammenfassungen von Direktoriumsaussprachen über die gesamten politischen und operativen Zuständigkeitsbereiche des IWF.

Das Direktorium, das für die Führung der täglichen Geschäfte des IWF verantwortlich ist, setzt sich zusammen aus 24 Direktoren, die von den einzelnen Mitgliedsländern ernannt oder von Gruppen von Mitgliedsländern gewählt werden, und dem Geschäftsführenden Direktor, der den Vorsitz innehat. Das Direktorium tritt in der Regel mehrmals wöchentlich zusammen. Im Geschäftsjahr 2002/2003 widmete das Direktorium den größten Teil seiner Zeit Länderfragen und einen großen Teil der verbleibenden Zeit der globalen Wirtschafts- und Finanzüberwachung sowie wirtschaftspolitischen Themen.

Das Direktorium führt seine Arbeiten im Wesentlichen auf der Basis von Unterlagen durch, die von der Leitung des IWF oder vom Mitarbeiterstab vorbereitet werden. Ein solches Stabspapier enthält normalerweise Hintergrundmaterial und -analysen der verschiedenen Aspekte des erörterten Themas und ersucht das Direktorium, zu den wichtigsten Fragen Stellung zu beziehen. Es kann auch Vorschläge der IWF-Geschäftsleitung präsentieren, wie das Direktorium und die Institution hinsichtlich einer Frage vorgehen sollten. Ein Stabspapier gibt die Haltung des Stabs und der Geschäftsleitung wieder, es entspricht aber nicht notwendigerweise der Position des IWF zu dem betreffenden Punkt. Das Direktorium kann der Analyse und den Vorschlägen zustimmen oder sie ablehnen. Die Position des IWF entspricht eher der des Direktoriums, wie sie sich in einem Beschluss zeigt oder in diesbezüglichen zusammenfassenden Erklärungen zum Ausdruck kommt (im IWF üblicherweise als „Zusammenfassung“ bezeichnet). Ein großer Teil dieser Zusammenfassungen wird als Öffentliche Informa-

tionsmitteilungen (PINs) auf der Webseite des IWF veröffentlicht: www.imf.org.

Das Exekutivdirektorium nimmt alle ihm übertragenen Befugnisse zur Führung der Geschäfte des IWF wahr, mit Ausnahme derjenigen, die im IWF-Übereinkommen dem *Gouverneursrat*, dem höchsten Organ des IWF, vorbehalten sind. Er setzt sich zusammen aus jeweils einem Gouverneur und einem Stellvertretenden Gouverneur für jedes Mitgliedsland. Der Gouverneur wird von dem Mitgliedsland ernannt und ist gewöhnlich der Finanzminister oder der Gouverneur der Zentralbank. Der Gouverneursrat tritt normalerweise einmal im Jahr zusammen.

Der *Internationale Währungs- und Finanzausschuss* des Gouverneursrates (früher der Interimsausschuss für das Internationale Währungssystem) ist ein beratendes Organ, das sich aus 24 Gouverneuren des IWF, Ministern oder anderen Amtsträgern vergleichbaren Ranges zusammensetzt, die die gleichen Stimmrechtgruppen repräsentieren, die auch im Exekutivdirektorium des IWF vertreten sind.

Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss tritt in der Regel zweimal im Jahr zusammen, im April oder Mai und zur Zeit der Jahrestagung des Gouverneursrats im September oder Oktober. Zu seinen Zuständigkeiten gehört es, dem Exekutivdirektorium Anleitung von ministerieller Ebene zu geben und den Gouverneursrat zu unterrichten und zu beraten hinsichtlich des Managements und der Anpassung des internationalen Währungs- und Finanzsystems – einschließlich plötzlicher Störungen, die eine Bedrohung für das internationale Währungssystem darstellen könnten – sowie über Vorschläge zur Änderung des IWF-Übereinkommens.

Der *Entwicklungsausschuss* (der Gemeinsame Ministerausschuss der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer) ist ein gemeinsames Organ von Weltbank und IWF und hat 24 Mitglieder – Finanzminister oder Amtsträger vergleichbaren Ranges. Er tagt in der Regel am Tag nach der Sitzung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses.

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT

27. August 2003

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2003 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2004 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 9 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung sowie der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2003 abgelaufene Geschäftsjahr werden zusammen mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang IX präsentiert.



Horst Köhler
Vorsitzender des Exekutivdirektoriums

Höhepunkte	ii
Botschaft des Geschäftsführenden Direktors	vi
Exekutivdirektorium	viii
Leitendes Personal	x
Führung des IWF und Jahresbericht	xi
Begleitschreiben	xii
1. Die Überwachung durch den IWF in der Praxis	3
Länderüberwachung	3
Globale Überwachung	4
<i>Weltwirtschaftliche Aussichten • Bericht zur Stabilität des Finanzsystems</i>	
Regionale Überwachung	18
<i>CAEMC • Eurogebiet und die EU • ECCB • WAEMU</i>	
2. Stärkung der Überwachung und der Krisenprävention	25
Zweijährliche Überprüfung der Überwachung im Jahr 2002	25
Aufbau auf dem Erfolg der Initiative für Standards und Kodizes und des FSAP	27
Datenbereitstellung für Überwachungszwecke	29
Politikbeurteilungen mit Signalwirkung	30
Überprüfung der Vorbeugenden Kreditlinie	31
Verbesserung der Tragfähigkeitsanalysen	31
Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	32
3. Ein besseres Regelwerk für die Überwindung von Krisen	35
Zugangspolitik in Kapitalbilanzkrisen	35
Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen gegenüber privaten Gläubigern	36
Behandlung nicht tragfähiger Staatsverschuldung	37
<i>Umschuldungsklauseln • Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden</i>	
4. Verbesserung der Kreditpolitik und -praktiken	41
Neue Konditionalitäts-Richtlinien	41
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank	42
Überlange Inanspruchnahme von IWF-Mitteln	43
5. Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Ländern	47
Abstimmung zwischen PRGF-gestützten Programmen und dem PRSP-Ansatz	49
Schuldentragfähigkeit in hochverschuldeten armen Ländern	50
Handel und Marktzugang	53
Überwachung der Fortschritte zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele	54
Ausblick	54

6. Technische Hilfe und Ausbildung	57
Externe Finanzierung der technischen Hilfe	58
Jüngste Entwicklungen	58
Technische Hilfe im Geschäftsjahr 2003	60
Das IWF-Institut	62
7. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Zusammenarbeit	65
Transparenz des IWF und seiner Mitglieder	65
Überprüfung der externen Kommunikationsstrategie des IWF	67
Das Unabhängige Evaluierungsbüro	69
Stärkung von Stimme und Vertretung der Entwicklungsländer	72
8. Finanzielle Aktivitäten und Politikmaßnahmen im Geschäftsjahr 2003	73
Reguläre Finanzierungsaktivitäten	76
<i>Kreditvergabe • Ressourcen und Liquidität</i>	
Quotenentwicklung	78
Kreditaufnahme-Vereinbarungen	80
<i>Allgemeine Kreditvereinbarungen • Neue Kreditvereinbarungen</i>	
Konzessionäre Finanzierung	81
<i>Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität • Erweiterte HIPC-Initiative • Nothilfe nach Konflikten</i>	
Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	85
Entwicklung bei Sonderziehungsrechten (SZR)	86
Sicherungsbewertungen	88
9. Organisation, Haushalt und Humanressourcen	93
Organisation	93
<i>Ezekutivdirektorium • Abteilungen • Unabhängiges Evaluierungsbüro</i>	
Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	97
<i>Haushaltsreformen • Haushalte und tatsächliche Ausgaben im GJ 2003 • Haushalte für GJ 2004 • Mittelfristiger Rahmen</i>	
Humanressourcen	99
<i>Veränderungen im Mitarbeiterstab • Einstellungen und Beschäftigungsdauer • Gehaltsstruktur • Diversity</i>	
Neues Gebäude	103
Anhang	
Anhang I bis IX schließt sich dem Hauptteil im englischen Originaldruck an. Alle Verweise im Anhang auf Seiten im Hauptteil beziehen sich auf die englische Fassung.	
Abkürzungsverzeichnis	211

Kästen

1.1 Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen	8
2.1 Forschungsarbeiten des IWF zur Globalisierung	26
2.2 Die Initiative für Standards und Kodizes und das Programm zur Bewertung des Finanzsektors	28
2.3 Geldwäsche und die FATF	32
3.1 Umschuldungsklauseln: Jüngste Entwicklungen	38
3.2 Konferenz über das Verfahren zur Umstrukturierung von Staatsschulden	40
4.1 Wie sich die IWF-Konditionalität verändert hat	42
4.2 Ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF	43
4.3 Evaluierung der überlangen Inanspruchnahme von IWF-Mitteln	44
5.1 Was ist ein PRSP?	47
5.2 Die GUS-7-Initiative	48
5.3 Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank bei Fragen hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben	50
5.4 Funktionsweise der HIPC-Initiative	51
5.5 Soziale Aspekte der IWF-Finanzierung	53
5.6 Schuldenerleichterung für Ghana im Rahmen der HIPC-Initiative	54
5.7 Verbesserung des Marktzugangs für Exporte der Entwicklungsländer	55
6.1 Der Rahmen für die Projektauswahl	57
6.2 Neue Unterkonten für technische Hilfe	58
6.3 Technische Hilfe des IWF in Ländern nach Beendigung eines Konflikts: Afghanistan	59
7.1 Schlüsselbestandteile der IWF-Transparenzpolitik für Dokumente	66
7.2 Engagement bei Informationsveranstaltungen und Meinungsaustausch	70
8.1 Der Finanzierungsmechanismus des IWF	73
8.2 Erwartungen im Vergleich zu Verpflichtungen	78
8.3 Finanztransaktionsplan	79
8.4 FCC—Ein neues Maß der Kreditvergabekapazität	80
8.5 Zwölfe und Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung	81
8.6 SZR-Bewertung und -Zinssatz	87
8.7 Politik der Sicherungsbewertungen: Eine Zusammenfassung	90
9.1 Örtliche Vertreter des IWF	95

Tabellen

1.1 Im Geschäftsjahr 2003 abgeschlossene Artikel-IV-Konsultationen	5
5.1 Stand der Zusagen im Rahmen der HIPC-Initiative	52
6.1 Programmberiche der technischen Hilfe	60
6.2 Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe	61
6.3 Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts für Beamte	62
6.4 Regionale Ausbildungsprogramme des IWF-Instituts	63
8.1 Finanzfazilitäten des IWF	74
8.2 Vom IWF im Geschäftsjahr 2003 gebilligte Finanzhilfe	77
8.3 AKV-Teilnehmer und Kreditbeträge	81
8.4 NKV-Teilnehmer und Kreditbeträge	82
8.5 Zusagen und Auszahlungen der Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative	83
8.6 Beiträge zur Subventionierung von Nothilfe nach Konflikten	85
8.7 Übertragung von SZR	89
8.8 Zahlungsrückstände von sechs Monaten oder länger gegenüber dem IWF seitens der Länder, nach Art und Dauer	92
9.1 Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2001–2004	99
9.2 Verteilung des Fachpersonals nach Nationalität	100

9.3 Gehaltsstruktur des IWF-Stabs	101
9.4 Verteilung des Personals nach Geschlecht	102
9.5 Verteilung des Personals nach Entwicklungs- und Industrieländern	103

Schaubilder

1.1 Reales Wachstum des Welt-BIP und Handelsvolumen (Güter und Dienstleistungen)	10
1.2 Entwicklung der Aktienkurse	11
1.3 Aufschlag auf Staatsanleihen	11
6.1 Technische Hilfe nach Region	61
6.2 Technische Hilfe nach Funktion	61
8.1 Kreditzusagekapazität des IWF für das folgende Jahr (FCC)	80
8.2 SZR-Zinssatz	87
9.1 Organigramm des IWF	94
9.2 Veranschlagter Anteil der Mittel nach Leistungskategorie, GJ 2004	100

Das Geschäftsjahr des IWF läuft vom 1. Mai 2002 bis zum 30. April 2003.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das SZR; die Umrechnungen von Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden wegen der einfachen Lesbarkeit angegeben. Am 30. April 2003 lag der SZR/US-Dollar-Wechselkurs bei 1 US-\$ = 0,722589 SZR und der US-Dollar/SZR-Wechselkurs bei 1 SZR = 1,383913 US-\$. Ein Jahr zuvor (am 30. April 2002) beliefen sich die Kurse auf 1 US-\$ = 0,788826 SZR und 1 SZR = 1,267706 US-\$.

In diesem Bericht werden folgende Symbole verwendet:

- ... bedeutet, dass keine Angaben vorliegen;
- bedeutet, dass die Zahl gleich null oder weniger als die Hälfte der letzten angegebenen Stelle ist oder dass es den Posten nicht gibt;
- zwischen Jahreszahlen oder Monaten (zum Beispiel 1999–2000 oder Januar–Juni) bezeichnet die in einem Zeitraum enthaltenen Jahre oder Monate, einschließlich des ersten und letzten Jahres bzw. Monates;
- / zwischen Jahreszahlen oder Monaten (zum Beispiel 1999/00) wird verwendet, um ein Fiskal- oder Geschäftsjahr anzugeben.

In der englischen Fassung bedeutet „billion“ eine Milliarde und „trillion“ eine Billion; kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Bericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber auf getrennter und unabhängiger Basis statistische Daten erhoben werden.